

mens, der gewinnträchtig investiert werden könne und damit auch die Höhe der Unternehmensgewinne beeinflusse.

Neben der AIA sollen auch Versicherungsgesellschaften aus Japan, den USA, Großbritannien sowie Hongkong Zulassungsanträge gestellt haben. Allerdings sei mit einer schnellen Genehmigung dieser Anträge nach Angaben von Du Xiaoli von der People's Bank of China nicht zu rechnen, da erst Erfahrungen mit diesem Experiment gewonnen werden müßten. (*China Daily, Business Weekly*, 25.-31.10.92) -schü-

*(31)

Neue Pläne für Guangzhou-Messe

Die jeweils im Frühjahr und Herbst stattfindende Messe in Guangzhou soll von 1993 an neu gestaltet werden. Während die Herbstmesse wie bisher als Universalmesse mit einer 15tägigen Ausstellungszeit abgehalten wird, beschränkt sich die Frühjahrsmesse zukünftig auf Textilien, Bekleidung und konsumnahe Erzeugnisse der Leichtindustrie mit einer Ausstellungsdauer von 10 Tagen. Weiterhin erfolgt eine Neuordnung der Guangzhou-Messe insoweit, als die Organisation des Handels und der Ausstellungsflächen durch 45 lokale Delegationen der Provinzen und nicht mehr durch die Beijinger Zentralen der Außenhandelsgesellschaften durchgeführt werden soll. Liang Jinwen, stellvertretender Direktor und Generalsekretär der Guangzhouer Messeverwaltung, kündigte an, daß grundsätzlich alle lokalen Unternehmen und Joint Ventures, denen das Recht zur selbständigen Durchführung des Außenhandels zugeteilt wurde oder die bestimmten Handelszusammenschlüssen beigetreten sind, an der Messe als Mitglied teilnehmen können. (XNA, 15.10.92; NfA, 27.11.92)

Wie die FEER in ihrem Kommentar am 5.11.92 ausführt, spiegelt diese Neuordnung der Guangzhouer Messe die im chinesischen Außenhandelsystem in den letzten Monaten beobachtbaren Veränderungen wider. Durch die Dezentralisierung der Außenhandelsrechte auf Provinz- und Stadtebene wurde die Macht der vormals so einflußreichen zentralen Au-

ßenhandelsgesellschaften beschnitten, während die lokalen Außenhandelsorganisationen größere Autonomie gewonnen haben. Diese erhalten heute zwar keine zentralen Subventionen mehr und sind für ihre Gewinne und Verluste selbst verantwortlich, unterliegen dafür jedoch auch nicht mehr den Vorgaben aus Beijing.

Die FEER weist auch auf eine andere neue Entwicklung hin. So würden sich heute Unternehmen, die in der Vergangenheit nur über die Außenhandelsgesellschaften Kontakte zu ausländischen Kunden aufnehmen konnten, in zunehmendem Maße direkt an potentielle Käufer z.B. in Hongkong wenden und damit die Außenhandelsgesellschaften völlig aus dem Geschäft ausschließen. Damit verbunden sei auch eine Abwanderung von Personal aus den Außenhandelsgesellschaften von beispielsweise Joint-Venture-Unternehmen, die in der Regel eine attraktivere Bezahlung bieten würden.

Zwar stellt die Guangzhouer Messe nach wie vor die wichtigste nationale Verkaufsausstellung dar und erlaubt den ausländischen Käufern einen Überblick über das Angebot, doch gibt es inzwischen auch eine ganze Reihe lokaler spezialisierter Messen, und Städte wie Shanghai und Shenzhen können mit der geplanten Durchführung von Universalmesen durchaus eine Alternative zu Guangzhou darstellen.

Die Ergebnisse der 72.Guangzhouer Exportgütermesse, die in der Zeit vom 15.-30.10.92 stattfand, wurden von der Messeverwaltung nur noch in Form globaler Angaben veröffentlicht. So soll der Umsatz rund 6 Mrd.US\$ (April 1992: 5,95 Mrd.US\$) betragen und sich keine wesentlichen Veränderungen in bezug auf Warenkategorien und Abnehmerländer im Vergleich zu den sonstigen Veranstaltungen ergeben haben. Der überwiegende Anteil der fest plazierten Aufträge sei wiederum auf Textilien und Bekleidung entfallen. (NfA, 27.11.92) Beliebte Exportgüter sollen auch leichtindustrielle Produkte wie Koffer, Taschen, Haushalts- und Glaswaren, Schreib- und Papierwaren, Sportbekleidung sowie Spielzeug gewesen sein. Die Besucherzahl wird mit 51.000 (Herbstmesse 1991: 45.400, Frühjahrsmesse 1992: 48.600) angegeben. (XNA, 31.10.92) -schü-

Binnenwirtschaft

*(32)

Prognose für wirtschaftliche Entwicklung 1993

Die chinesische Akademie der Sozialwissenschaften hat zusammen mit anderen Wirtschaftsexperten eine Prognose für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung abgegeben.

Für das Jahr 1993 wird eine Erhöhung des Bruttosozialprodukts (BSP) um 13% vorhergesagt. Den chinesischen Wirtschaftsexperten zufolge wird sich die konjunkturelle Entwicklung erst 1994 mit einer Wachstumsrate des BSP von 10% abschwächen. Erwartet wird ein Anstieg der Industrieproduktion um 19% im Jahre 1993. Der Bruttoproduktionswert (BPW) der Schwerindustrie werde um 23% und der BPW der Leichtindustrie um 17% zunehmen. Weiterhin werde mit einer Erhöhung des landwirtschaftlichen Outputwertes um 3,5-4% gerechnet.

Im kommenden Jahr wird der Prognose nach der Anstieg der Anlageinvestitionen 22,2% ausmachen und ein Volumen von 880 Mrd.Yuan erreichen. Gleichzeitig werde auch der Einzelhandelspreisindex weiter steigen [keine Wachstumsrate angegeben], und eine zweistellige Erhöhung des Lebenshaltungskostenindex wird erwartet. Andererseits würden aber auch die Einkommen wie in diesem Jahr weiter steigen; die Erhöhung wird mit 16% vorausgesagt.

Mit dem Anstieg der Einkommen sei eine weitere Zunahme der privaten Nachfrage verbunden; die Zunahme des Einzelhandelsumsatzes wird mit 15% angegeben. Auch eine starke Nachfragesteigerung auf dem Produktionsgütermarkt sei zu erwarten.

Für 1993 rechnen die Wirtschaftsexperten außerdem mit einer Erhöhung der Spareinlagen um 21% in den Städten und 38% in den ländlichen Gebieten. Das Kreditvolumen im folgenden Jahr wird mit 420 Mrd.Yuan und das zusätzliche Volumen für den Bargeldumlauf mit 70 Mrd.Yuan angegeben. Bei einem Anstieg der Staatlichen Einnahmen um 14% und der Ausga-

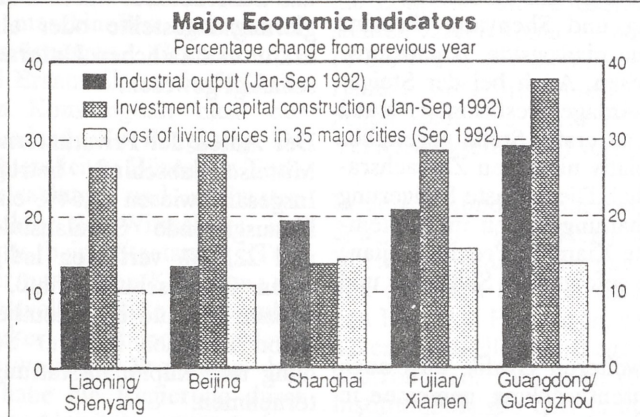
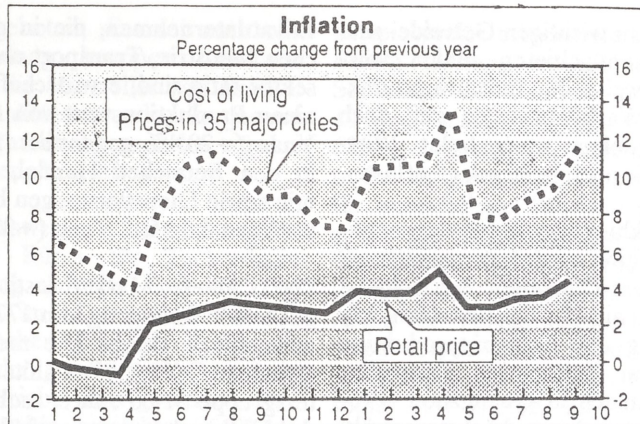
ben um 15% wird mit einem Haushaltsdefizit in Höhe von 29 Mrd. Yuan gerechnet. (SWB, 17.11.92) -schü-

***(33)
Verstärkte Anzeichen für wirtschaftliche Überhitzung**

Auch nach Einschätzung des Staatlichen Statistikamtes weist die chinesische Wirtschaft derzeit einen Trend zur Überhitzung aus, obwohl die Situation insgesamt noch als durchaus 'tragbar' bezeichnet wird.

Zur Bewertung der makroökonomischen Entwicklung hat das Statistikamt ein System mit verschiedenen Farbzonen entwickelt. So wird die Farbzone blau mit einem 'konjunkturellen Abschwung' (Ausdruck im Originaltext: "cold economy"), die Farbzone 'hellblau' mit einer 'relativen konjunkturellen Erholung' ("comparatively cold economy"), die Farbzone grün mit einer 'stabilen Konjunktur' ("economic stability"), die Farbzone gelb mit 'einem Trend zur überhitzten Konjunktur' ("trend towards overheating") und die Farbzone rot mit einer 'überhitzten Konjunktur' ("economic overheating") gleichgesetzt. Während die chinesische Wirtschaft im ersten Halbjahr 1992 die Merkmale einer stabilen Konjunktur aufgewiesen habe (grüne Farbzone), wiesen die makroökonomischen Indikatoren inzwischen auf eine Tendenz zur Überhitzung hin, und die wirtschaftliche Entwicklung falle zwischen die gelbe und rote Farbzone.

Das Staatliche Statistikamt weist in seinem Bericht darauf hin, daß die Industrieproduktion weiterhin hohe Wachstumsraten aufweise und im Oktober einen Anstieg von 22,4% gegenüber dem Vorjahresmonat verzeichnet habe. Die Zuwachsrate der Industrieproduktion der kollektiveigenen Unternehmen betrug 36%, der staatlichen Unternehmen 12,3% und der Unternehmen mit sonstigen Eigentumsformen [private und Joint Venture-Unternehmen] 54,1%. Auch die Investitionen seien weiter angestiegen. So hätten die staatlichen Einheiten im Oktober 45,8 Mrd. Yuan investiert, ein Anstieg um 43% gegenüber Oktober 1991. In der gesamten Periode Januar bis Oktober 92 habe der Umfang der Anlageinvestitionen 287,2 Mrd. Yuan, 37% mehr im Vergleich zur Vorjahresperiode, betragen. (SWB, 19.11.92)



Source: Bank of East Asia Research Department

in: SCMP, 29.11.1992

Einem Bericht der *Ming Pao* (Hongkong) nach soll der stellvertretende Ministerpräsident Zhu Rongji die Provinzen vor einer Überhitzung ihrer lokalen Wirtschaft gewarnt haben. Sollten Probleme wie Haushaltsdefizite, durch Ausweitung der Kredite verursachte Inflation und Verschuldungsketten [zwischen Unternehmen] entstehen, müßten diejenigen, die diese Entwicklung verursacht hätten, auch die Verantwortung tragen; die Zentralregierung würde sie nicht weiter unterstützen.

Zhu Rongji soll darauf hingewiesen haben, daß sich eine überhitzte Wirtschaftsentwicklung in einigen Gebieten in Form einer unangemessenen Ausweitung des Immobilien- und Aktienmarktes und Gründung offener Wirtschaftszonen widerspiegeln würde. Hätte beispielsweise die Zentralregierung die Genehmigung für die Einrichtung einer offenen Wirtschaftszone auf einigen Quadratkilometern erteilt, würden die Kreis- und Stadtregierungen zusätzliche Flächen genehmigen. Hierdurch sei der Umfang der notwendigen Kredite stark gestiegen.

Dem Bericht in der *Ming Pao* zufolge soll Zhu Rongji besonders das erneute Auftreten von Verschuldungsketten

kritisiert haben, die sich in bestimmten Gebieten sogar vervielfacht und wieder das alte Niveau erreicht hätten. [Zhu Rongji hatte sich im Verlauf dieses Jahres vor allem mit Maßnahmen zum Abbau der Verschuldungsketten beschäftigt.] Ebenso sei die erneute Ausgabe von Anrechtsscheinen statt Bargeld durch die lokalen Verwaltungen beim Aufkauf landwirtschaftlicher Produkte an die Bauern von Zhu Rongji bemängelt worden. (SWB, 11.11.92)

Auch die *Renmin Ribao* warnt in einem Artikel vom 15.11.92 vor den gesamtwirtschaftlich negativen Folgen eines ungebremsten Wachstums in solchen Regionen, die nicht die erforderlichen Voraussetzungen dafür besitzen würden. Auch sei ein hoher Anteil der Anlageinvestitionen nicht für die Verbesserung der Industriestruktur verwandt worden, sondern wäre überwiegend in die weiterverarbeitende Industrie geflossen und für Projekte eingesetzt worden, die das Problem duplizitärer Produktionsstrukturen weiter verschärfen würden. Außerdem bestände eine zu hohe Kreditnachfrage, während gleichzeitig die finanziellen Mittel für den geplanten Aufkauf landwirtschaftlicher und Nebengewer-

beprodukte in wichtigen Getreide- und Baumwollanbaugebieten fehlen würden. Zwar weisen die Industrieproduktion hohe Wachstumsraten auf, doch sei das Problem mangelnder Wirtschaftlichkeit noch keineswegs gelöst.

Die Entwicklung von Industrieproduktion, Investition und Lebenshaltungskosten in verschiedenen Wirtschaftszentren wird aus der Grafik ersichtlich. Der Anstieg der Industrieproduktion im Zeitraum Januar bis September 1992 war danach in Guangzhou (Provinz Guangdong) am höchsten, während Beijing und Shenyang (Provinz Liaoning) die niedrigsten Wachstumsraten aufwiesen. Auch bei der Steigerung der Anlageinvestitionen stand Guangzhou an erster Stelle gegenüber einer nur relativ niedrigen Zuwachsrate in Shanghai. Die höchste Steigerung der Lebenshaltungskosten im September 92 mußte Xiamen (Provinz Fujian) hinnehmen, gefolgt von Shanghai und Guangzhou.

Aus einer weiteren Grafik wird auch die Inflationsentwicklung, gemessen in der Zuwachsrate der Einzelhandelspreise und der Lebenshaltungskosten in den 35 größten Städten, von Januar 1991 bis September 1992 deutlich.

*(34)

Untersuchung zur Entwicklung von Privatunternehmen

Das Chinese Market Survey Institute kommt nach Abschluß einer Untersuchung von Privatunternehmen [ohne Berücksichtigung der kleinen selbständigen Betriebe, der sogenannten "getihu", deren Anzahl sich auf rd. 14 Mio. belaufen soll] zu dem Ergebnis, daß diese Unternehmen aufgrund ihrer dynamischen Entwicklung in den letzten Jahren zu einer bedeutenden Wirtschaftskraft geworden sind. Bis Ende 1991 sollen landesweit rund 108.000 [im Originaltext wird eine Angabe von 178.000 gemacht; dieses ist offensichtlich ein Druckfehler, da ansonsten alle folgenden prozentualen Angaben nicht mit der Gesamtzahl der Unternehmen übereinstimmen] Privatunternehmen entstanden sein, ein Anstieg um 9,9% gegenüber dem Jahre 1990. Das eingesetzte Kapital der Unternehmen wird mit 12,3 Mrd. Yuan angegeben, 29,4% mehr als 1990. Die Privatunternehmen sollen 1,83 Mio. Arbeitskräfte beschäftigt haben, ein Anstieg um 8%. Während die Privatunternehmen 1989 Steuern in Höhe von 112 Mio. Yuan zahlten, erhöhte sich ihre Steuerleistung bis 1991 auf 490 Mio. Yuan.

Privatunternehmen, die in den Bereichen Industrie, Transport und im Bau-sektor tätig sind, erwirtschafteten 1991 einen Produktionswert von 14,66 Mrd. Yuan (+20,4% gegenüber 1990), und in den Bereichen Handel, Gastronomie sowie Dienstleistungen betrug dieser Wert 6,8 Mrd. Yuan (+32,1%).

Das Chinese Market Institute führte auch eine Befragung von 177 Privatunternehmern durch. Die meisten Unternehmer (88,03%) zählten zur Altersgruppe 31-60 Jahre; mehr als 43% der Unternehmer waren früher als Regierungsangestellte oder als Arbeitskräfte in staatlichen Unternehmen beschäftigt gewesen.

Der Anteil der Privatunternehmer mit Mittelschulabschluß betrug 45,3%. Insgesamt wiesen 25,64% eine darüber hinausgehende Schulausbildung aus und 22,22% verfügten lediglich über einen Grundschulabschluß. Im allgemeinen bestand eine deutliche Korrelation zwischen höherer Schulausbildung und Kapitalausstattung der Unternehmen.

Die befragten 177 Privatunternehmen beschäftigten insgesamt 27.000 Arbeitskräfte; das größte Unternehmen wies eine Beschäftigtenzahl von 6.000 Personen auf. Die Kapitalausstattung der Privatunternehmen betrug insgesamt 674 Mio. Yuan. Im Durchschnitt verfügte jedes Unternehmen über 5,76 Mio. Yuan; die Kapitalausstattung des größten Unternehmens belief sich auf 45 Mio. Yuan.

Der überwiegende Teil der Privatunternehmer (93%) sprach sich für eine weitere außenwirtschaftliche Öffnung Chinas aus und gab an, daß sie erst durch die seit 1979 durchgeführten Reformen ihre Talente hätten entfalten können. Die Untersuchung wies jedoch auch darauf hin, daß sich Privatunternehmer oftmals einer Diskriminierung in dieser Gesellschaft ausgesetzt fühlten, die durch staatliches Eigentum dominiert werde. Lediglich 6,84% der befragten Unternehmer waren der Ansicht, daß Privatunternehmen eine größere Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Staatsbetrieben erreichen könnten, wenn die staatlichen Unternehmen ebenfalls auf den Markt drängten.

Insgesamt wiesen fast 53% der Privatunternehmer auf ihre gegenüber staatlichen Unternehmen schlechtere Position hin; vor allem bestehende Vorurteile gegenüber Privatunternehmen und Schwierigkeiten, Kredite zu erhalten, führten die Unternehmer als gro-

ße Probleme an. Weiterhin gestalten sich beispielsweise der Zugang zum Weltmarkt als schwierig und Probleme mit der willkürlichen Erhebung von Gebühren durch die Verwaltung, bei der Einstellung qualifizierten Personals und der Mangel an rechtlicher Absicherung belasteten die Privatunternehmen. Zu den größten Sorgen der Unternehmer zählten insgesamt:

- Angst vor einer Veränderung der augenblicklichen Wirtschaftspolitik.
- Hohe Belastung durch Personalkosten.
- Die Sorge, durch Verwaltungsanweisung in ein staatseigenes Unternehmen umgewandelt zu werden.
- Angst, ihren Reichtum öffentlich zu zeigen.

Die Untersuchung führt an, daß Privatunternehmer angesichts der genannten Vorurteile sowie der willkürlichen Verwaltungsanweisungen und Belastung mit Gebühren ihr Vermögen und ihre Gewinne systematisch unterbewerten würden. (XNA, 28.11.92)

*(35)

Planrevision im Post- und Telekommunikationsbereich

Auf der nationalen Planungskonferenz des Ministeriums für Post und Telekommunikation Anfang November d.J. wurden die Inhalte des laufenden 8.Fünffjahresplanes (1991-95) und des 9.Fünffjahresplanes (1996-2000) für die Entwicklung von Post und Telekommunikation neu bestimmt, um das Entwicklungstempo dieses Bereichs dem neuen schnellen Wirtschaftswachstum anzupassen.

Die neue Planung sieht u.a. die Erhöhung der Telefonanschlüsse pro 100 Einwohner auf 2,5 bis zum Jahre 1995 und auf 5 bis zum Jahre 2000 vor. Im Jahre 2020 sollen 40 Telefonanschlüsse pro 100 Einwohner eingerichtet sein. 1990 betrug die Zahl der Anschlüsse landesweit 1,1 und 1991 1,4 pro 100 Einwohner. Mit 28 Anschlüssen ist das Telefonnetz in der SZW Zhuhai (Provinz Guangdong) am dichtesten. (XNA, 6.11. u. 30.11.92) Insgesamt soll die Zahl der Telefonanschlüsse auf 31 Mio. bis 1995 und auf 65 Mio. bis zum Jahre 2000 erhöht werden. (NfA, 26.11.92)

Weiterhin soll die Kapazität der Vermittlungsämter bis 1995 auf 48 Mio. Anschlüsse (switching lines) und bis zur Jahrtausendwende auf 96 Mio. ge-

steigert werden. Die Planung umfaßt auch den Ausbau des Telefon-Fernverkehrs mit 500.000 Verbindungen (circuits) bis 1995 und einer Erhöhung auf 1,4 Mio. bis Ende des 9.Fünfjahresplanes sowie den Anschluß der meisten Gebiete an den Direktwahl-Ferndienst. Gleichzeitig soll das Glasfaser-Leitungsnetz bis 1995 um 22 Hauptlinien von 32.000 km Länge weiter ausgebaut werden. (XNA, 30.11.92; NfA, 26.11.92)

Für den gesamten Post- und Telekommunikationsbereich wird eine Erhöhung des Verkehrsvolumen auf 53,4 Mrd.Yuan bis 1995 und auf 133 Mio.Yuan bis zum Jahre 2000 angestrebt. (XNA, 30.11.92)

Um die geplanten Ziele zu erreichen, wird von chinesischen Experten sowohl der stärkere Einsatz moderner importierter Technologie und Ausrüstung gefordert, gleichzeitig jedoch auch auf die Intensivierung der technischen Kooperation mit dem Ausland zur Produktion technologisch fortgeschrittener Anlagen betont. Außerdem sollte die inländische Forschung im Post- und Telekommunikationsbereich ausgeweitet werden. (XNA, 30.11.92)

Steigenden Absatz finden nach Angaben des Informationsdienstes *Asia-Pacific Mobile Communications* auch Mobiltelefone in der VR China. Hier soll die Anzahl der Telefonkunden innerhalb eines Jahres um 45.000 (+50%) betragen haben. Das tragbare Telefon, das viele funktionale Vorteile aufweise, sei im asiatisch-pazifischen Raum inzwischen zu einem Statussymbol geworden. (bfai, *Märkte der Welt*, MW 47/19.11.92). -schü

*(36)

Produktqualität soll durch gesetzliche Bestimmungen verbessert werden

Derzeit wird über eine Gesetzesvorlage zur Verbesserung der Produktqualität beraten, die gleichzeitig Aspekte wie Schadenersatz und sonstige rechtliche Pflichten des Herstellers sowie ein System der Überprüfung und Überwachung der Produktqualität umfaßt.

Mitglieder des Ständigen Komitees des NVK, die an der Beratung über die Gesetzesvorlage teilnehmen, wiesen darauf hin, daß die Existenz minderwertiger Produktqualität ein störenden Faktor in der wirtschaftlichen Entwicklung sei. So würden viele Produkte schlechter Qualität und geringer Nutz-

effekte angeboten; dies sei auch eine Verschwendung knapper Rohstoffe. Vor allem die Hersteller von Produkten mit Qualitätsmängeln, die gesundheitliche Schäden hervorrufen würden, müßten streng bestraft werden.

Einer landesweiten Untersuchung des Staatlichen Büros für Technologieüberwachung zufolge, sank die Produktqualität im 3.Quartal d.J. deutlich. So entsprachen lediglich 49,4% der Produkte der Dorf- und Gemeindeindustriebetriebe dem gesetzten Standard. Weiterhin erreichten 64% der wichtigsten maschinellen und elektrischen Ausrüstungen, Grundkomponenten und Ersatzteile sowie 52% der dauerhaften Konsumgüter nicht den Qualitätsstandard. Xu Penghang, Direktor des Staatlichen Büros für Technologieüberwachung und stellvertretender Direktor des Wirtschafts- und Handelsbüros beim Staatsrat (ETO), wies auf der nationalen Konferenz zur Qualitätskontrolle Mitte November d.J. auf weiter bestehende Probleme mit minderwertigen Produkten hin. Insgesamt habe die Regierung durch verschiedene Aktivitäten seit Anfang d.J. Fortschritte bei der Durchsetzung der Qualitätskontrolle und dem Aufdecken von Produktmängeln gemacht. Allerdings habe dadurch die Verbreitung minderwertiger und imitierter Produkte keineswegs gelöst werden können. (SWB, 24.11.92) -schü

*(37)

Starke Ausgabensteigerung öffentlicher Institutionen

Nach Angaben des Nationalen Büros für die Ausgabenkontrolle öffentlicher Institutionen erhöhten sich die 'nichtproduktiven Ausgaben' im Zeitraum Januar bis September d.J. um 19,6% im Vergleich zur Vorjahresperiode.

Der Hintergrund für diese Entwicklung sei das steigende Interesse auf lokaler Ebene, Dienstleistungsunternehmen aufzubauen und Entwicklungs- und Experimentierzonen einzurichten. Damit verbunden sei die Gründung vieler Unternehmen gewesen, die wiederum zu einem Anstieg der Ausgaben öffentlicher Institutionen geführt habe. Gleichzeitig hätten die Funktionäre in der Verwaltung und den staatlichen Unternehmen die notwendige Kontrolle über die konsumptiven Ausgaben vernachlässigt.

Extravagantes Verhalten und Verschwendung sei in den öffentlichen Institutionen weit verbreitet. So wären

beispielsweise importierte Pkw in größerem Umfang gekauft worden. Bis September d.J. sollen hierfür allein 10 Mrd.Yuan ausgegeben worden sein. (XNA, 24.11.92) Die leitenden Funktionäre hätten außerdem eine Vorliebe für ausgefallene Telefone und Ledersofas, und öffentliche Gelder würde für die Einweihungsfeiern von Einheiten, Schulen und Fabriken sowie für alle Arten von Versammlungen und "Festivals" verschwendet. In einigen Einheiten würden die leitenden Funktionäre sogar Pkw kaufen, obwohl sie kaum die Löhne an die Arbeiter und Angestellten zahlen könnten. Weiterhin wäre die Praxis der Zuteilung von Materialien, Boni und Geschenkkoupons gegen Ende des Jahre in bestimmten Verwaltungseinheiten verbreitet.

In einem Rundschreiben an die leitenden Partei- und Regierungsorgane, Verwaltungseinheiten und Institutionen auf allen Ebenen wird gefordert, den Kauf von Produkten, die der staatlichen Kontrolle unterliegen, streng zu kontrollieren. Dies gelte vor allem für Institutionen, die bereits ihren Ausgabenetat ausgeschöpft hätten und für Unternehmen, die Verluste machten, keine Steuern oder Gewinne an den Staat abgeliefert hätten oder die zur Aufrechterhaltung ihrer Produktion von Bankkrediten abhängig seien. (SWB, 26.11.92) -schü

*(38)

Anstieg der Löhne

Nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes stiegen die Löhne der rund 144 Mio. Arbeiter und Regierungsangestellten in den Städten [Beschäftigte in privaten Unternehmen werden aus der Betrachtung ausgeschlossen] in den ersten neun Monaten d.J. um 12,3% im Vergleich zum Vorjahr; bis September verdienten die Beschäftigten durchschnittlich 1.789 Yuan. Nach Abzug der Lebenshaltungskosten betrug das reale Wachstum noch rund 4%.

Die gesamten Löhne der städtischen Arbeiter und Angestellten erhöhten sich in den ersten drei Quartalen d.J. um 34,9 Mrd.Yuan im Vergleich zum Vorjahr, ein Anstieg, der vom Staatlichen Statistikamt als "stetig und normal" bezeichnet wird. So enthalte die Gesamtsumme auch Boni, die aufgrund der angeblich verbesserten wirtschaftlichen Lage der Unternehmen vermehrt ausgeschüttet worden seien, sowie staatliche Subventionen. Diese wurden nach Aufhebung der Preiskon-

trollen für Getreide, Speiseöl, Gas, Kohle und Elektrizität angehoben; in bestimmten Provinzen und Städten habe man auch die Mietsubventionen ausgeweitet.

Das Staatliche Statistikamt berichtet auch von einem zunehmenden Unterschied im Lohnanstieg zwischen den wirtschaftlich entwickelten Küstenregionen und den Inlandprovinzen. Dieser sei im Berichtszeitraum in den Küstenprovinzen Guangdong, Liaoning, Jiangsu und in Shanghai um 5% höher als in den Inlandprovinzen Sichuan, Hubei und der Inneren Mongolei gewesen. Ein deutlicher und sich ausweitender Lohnunterschied bestehe auch zwischen den staatlichen und kollektiv-eigenen Unternehmen sowie den Joint-Venture-Unternehmen, die höhere Löhne zahlten. Diese Entwicklung könne nach Einschätzung des Statistikamtes zu einem stärkeren Personalabfluß hochqualifizierter Arbeitskräfte zu den Joint-Venture-Unternehmen führen. (CD, 12.11.92) -schü-

*(39)

Szenario für Deregulierung der Preise

Einem Bericht der *Wen Wei Po* vom 13.11.92 zufolge hat der Staatsrat ein Szenario für die weitere Deregulierung der Preise entworfen, das die Schaffung eines neuen Preissystems innerhalb eines Zeitraumes von rund acht Jahren beinhaltet.

Der Vorstellung des Staatsrates nach sollen zukünftig nur die Preise solcher Güter und Dienstleistungen staatlichen Beschränkungen unterliegen, die in die folgenden fünf Kategorien fallen:

1. Güter oder Dienstleistungen, für die eine Konkurrenzsituation besteht und die einen starken Einfluß auf die politische und soziale Stabilität des Landes und die langfristige Wirtschaftsentwicklung besitzen; hierzu werden beispielsweise Rohöl, Erdgas und einige seltene Metalle gezählt.
2. Güter und Dienstleistungen, für die keine Konkurrenzsituation besteht, wie beispielsweise öffentliche Transportdienstleistungen, Wasser- und Gasversorgung in städtischen Regionen, Elektrizitätsversorgung für Haushalte und Unternehmen, Frachtgut- und Personenbeförderung der Eisenbahn, Post- und Telekommunikationsdienstleistungen, etc.

3. Wohneinheiten, die von der Regierung den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst und Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen zur Verfügung gestellt werden.
4. Güter, deren Nutzung streng durch die Regierung kontrolliert wird, wie beispielsweise spezielle medizinische Präparate, Waffen, etc.
5. Wichtige Gebühren und Abgaben, die von Institutionen erhoben werden, wie beispielsweise Abgaben für Sozialversicherung, Schulgebühren und Gebühren für die medizinische Versorgung.

Für alle übrigen Güter und Dienstleistungen soll die Bestimmung der Preise über den Markt erfolgen. In den folgenden Jahren sollen die Voraussetzungen für die schrittweise Deregulierung der Preise folgender Güter geschaffen werden, die bisher noch der einheitlichen staatlichen Zuteilung unterliegen: Kohle, Speiseöl, Stahlprodukte, NE-Metallprodukte, Grundstoffprodukte der Chemieindustrie, Hochleistungsmaschinen, Baumwolltextilien, (Holz-)Zellulose, bestimmte Arten von Papierpulpe (mit Ausnahme solcher für die zentralen Medieneinheiten) sowie landwirtschaftliche Produkte, einschließlich Getreide, Baumwolle, Tabak und Seidenraupenkokons.

Der Staatsrat fordert in seinem Szenario den Aufbau einer rationalen Preisstruktur. So sollen beispielsweise die inländischen Preise für Exportgüter mit ihren im Ausland geltenden Preisen übereinstimmen. Das Szenario impliziert zwar eine Erhöhung der Einzelhandelspreise im Verlauf der Preisreform, der jährliche Anstieg soll jedoch bis zum Jahr 2000 jährlich ca. 6% ausmachen. In den folgenden zwei bis drei Jahren ist der erste Schritt zur Deregulierung der Preise vorgesehen, in drei bis fünf Jahren die Rationalisierung der staatlich kontrollierten Preise, und innerhalb von acht bis 10 Jahren soll das neue Preissystem geschaffen worden sein. (SWB, 17.11.92)

Einzelne Provinzen haben bereits neue Schritte zur Preisreform unternommen. So kündigte die Provinzregierung Hainans an, daß das Doppelgleis-Preissystem für Kohle und raffiniertes Rohöl zum 1. November d.J. aufgehoben wird. (SWB, 20.11.92) Bis Ende des Jahres will Hainan die Preiskontrollen der 20 wichtigsten Kapitalgüter aufheben. Hierzu zählen Stahl, Zement, Kohle, Schweröl, Kupfer, Alu-

minium, Zink, Blei, Zinn, Sulphat, Sodaasche, Ätznatron, Gummi, Eisen sowie Kraftfahrzeuge und chemischer Dünger. (XNA, 21.11.92)

Die Provinz Hunan hebt zum 1. November 1992 die staatliche Kontrolle für die Verkaufspreise von Getreide und Speiseöl in den städtischen und ländlichen Gebieten auf. Damit wird die Bereitstellung fixer Mengen an Getreide und Speiseöl für die Bevölkerung zu niedrigen Preisen sowie der geplante An- und Verkauf von Getreide durch den Staat abgeschafft und die Preisbestimmung dem Markt überlassen. Mit Beginn des Jahres 1993 besteht keine Verpflichtung des Staates mehr, Getreide und Speiseöl von den Bauern aufzukaufen und ihnen im Gegenzug industrielle Inputs zu niedrigen Preisen bereitzustellen. Zwar werden die Getreideaufkaufstationen nach wie vor im Auftrag des Staates Getreide von den Bauern aufkaufen, jedoch zu Marktpreisen.

Gleichzeitig wird die Provinz Hunan neue Subventionen in Höhe von monatlich 3 Yuan an Regierungsangestellte und 2 Yuan an Universitätsstudenten verteilen. Die städtische Bevölkerung soll außerdem ihre Lebensmittelkarten für den Fall aufbewahren, daß eine erneute staatliche Rationierung zu kontrollierten Preisen notwendig werden sollte. (SWB, 11.11.92)

Mit der Aufhebung der Getreidepreiskontrollen hatte die Provinz Guangdong begonnen, gefolgt von den Provinzen Jiangxi und Zhejiang und den Städten Chongqing und Chengdu. Die Provinzregierung Sichuans kündigte die Aufhebung der bisherigen Preiskontrollen für Getreide und Speiseöl für die gesamte Provinz zum 1.11.92 an. Landesweit sollen bereits 400 Kreise und Städte in 16 Provinzen versuchsweise die Reform des Getreide-An- und Verkaufssystems durchführen. Die meisten Gebiete sollen auf Kreis-ebene Getreidereserven und Preisrisikofonds zur Absicherung bei starken Preisfluktuationen angelegt haben. Die Einrichtung von Großhandelsmärkten für Getreide soll diese Entwicklung unterstützen. Der nationale Getreidemarkt in Zhengzhou (Provinz Henan), der im Oktober 1990 gegründet wurde, gilt als Referenzstandard für den Getreidehandel landesweit. (XNA, 14.11.92)

Die Abschaffung der Getreiderationsmarken in einem Zeitraum von 1-3 Jahren kündigte Wang Baoyi vom Mi-

nisterium für Handel an. Damit soll die staatliche Belastung mit Lebensmittelsubventionen drastisch reduziert werden, die in den Jahren 1979-90 rund 214 Mrd. Yuan ausgemacht haben soll. Die Höhe der Subventionen betrug 1990 beispielsweise 0,5 Yuan pro Kilo Getreide. (XNA, 14.11.92) -schü-

*(40)

Neue Bestimmungen zur Arbeitslosenversicherung in Shanghai

Die Shanghaier Stadtregierung hat neue Bestimmungen zur Arbeitslosenversicherung bekanntgegeben. Die Bestimmungen sollen sowohl für alle staatlichen und kollektiveigenen Unternehmen, Auslandsunternehmen und Joint Ventures, Unternehmenszusammenschlüsse, Privatunternehmen sowie Regierungsinstitutionen gelten.

Die Bestimmungen legen fest, daß Arbeiter und Angestellte, die ihren Arbeitsplatz verlieren, Arbeitslosengeld beantragen können. Der Mindestsatz beträgt 75 Yuan pro Monat und wird für einen Zeitraum von zwei Jahren geleistet. Die Zahlungen sollen aus einem noch zu bildenden Arbeitslosenversicherungsfonds erfolgen, der gemeinschaftlich von Unternehmen, Banken und der Regierung gegründet werden soll.

Seit der Einführung einer Arbeitslosenversicherung im Jahre 1986 soll die Shanghaier Regierung für 410.000 Arbeitslose insgesamt rd. 22 Mio. Yuan gezahlt haben. Derzeit sollen monatlich 12.000 Arbeitslose in Shanghai Arbeitslosengeld beziehen. (XNA, 16.u.17.11.92)

Landesweit besteht noch kein einheitliches Modell für ein Arbeitslosenversicherungssystem, so daß Lokalregierungen mit verschiedenen Versicherungsformen experimentieren. -schü-

Taiwan

*(41)

Durchbruch in den "inoffiziellen" Beziehungen mit der Bundesrepublik

Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann besuchte am 17./18. November Taiwan. Der Besuch, der nur einen Tag dauerte, wurde in Taiwan hoch

bewertet und die einheimische Presse berichtete in großer Aufmachung, da Möllemann neben seiner Funktion als Wirtschaftsminister auch Vizekanzler der Bundesregierung ist. Die Bundesrepublik, die diplomatische Beziehungen zu Beijing unterhält, hat nur inoffizielle Beziehungen zu Taipei. Seit über einem Jahr haben etliche Regierungspolitiker europäischer Staaten wie Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich und der Schweiz trotz diplomatischer Beziehungen mit Beijing die Insel Taiwan besucht, um zur Förderung ihrer eigenen Wirtschaftsaufträge im Rahmen des taiwanesischen Sechsjahresplans mit dem gigantischen Investitionsvolumen von 8.200 Mrd. NT\$ (umgerechnet nach jetzigem Wechselkurs rd. 512,5 Mrd. DM) zu beschaffen. Deutsche wie Franzosen und Japaner eifern besonders um Auftragsvergabe beim Bau einer Hochgeschwindigkeitsbahn zwischen Taipei und Kaohsiung (Gaoxiung) mit einem Kostenvorschlag von 430 Mrd. NT\$ (26,9 Mrd. DM). Darüber hinaus haben Taipei und Bonn großes Interesse an einer Luftverkehrsverbindung zwischen Taiwan und Deutschland.

In der 60köpfigen Delegation, die Möllemann begleitete, befanden sich der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministeriums für Verkehr, Wolfgang Gröbl, Thüringens Wirtschaftsminister Jürgen Bohn und viele Repräsentanten deutscher Wirtschaftsunternehmen.

Nach Gesprächen mit seinem Amtkollegen Xiao Wanchang (Vincent Siew), der im letzten September Deutschland besucht hatte, traf Möllemann mit Ministerpräsident Hao Bocun (Hau Pei-tsun), Verkehrsminister Jian Youxin (Eugene Y.H. Chien), Frau Guo Wanrong (Shirley W.Y. Kuo), der Vorsitzenden des Komitees für Wirtschaftsplanung und Entwicklung (CEPD), Song Chuyu (James C.Y. Soong), dem Generalsekretär der Regierungspartei Guomindang (KMT) und Xu Xinliang (Hsu Hsin-liang), dem Vorsitzenden der Opposition Minjindang (DPP), zusammen.

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz von Möllemann und Xiao am 18. November in Taipei wurden die folgenden sieben Vereinbarungen bekanntgegeben:

- Errichtung amtlicher Konsultationskanäle und Intensivierung gegenseitiger Besuche, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu verstärken;

- Taiwan begrüßt eine aktive Beteiligung deutscher Unternehmen am Sechsjahresplan und gewährleistet vor allem eine offene und gerechte Wettbewerbschance bei der Auftragsverteilung zum Bau der Hochgeschwindigkeitsbahn;
- Einrichtung eines privaten Komitees für Wirtschaftszusammenarbeit, das auch die Möglichkeiten der Allianzbildung und strategischen Kooperation von Unternehmen beider Seiten energisch auslotet, deutsche Unternehmen zur Beteiligung am Sechsjahresplan unterstützt und damit auch Technologietransfer fördert, und beiderseitig die geographische Lage zur Gründung von Operationszentren für die Erschließung des asiatisch-pazifischen und des europäischen Marktes ausnutzt;
- Verstärkung der bilateralen technischen Zusammenarbeit. Deutschland erklärt sich bereit, im Rahmen der gegenwärtigen Programme für Zusammenarbeit 40 Stipendien an Taiwan für das Erlernen von Industriedesign, Systemintegration, Normenverfahren und Umweltschutz zu vergeben;
- Ermutigung und Unterstützung gegenseitiger Investitionen;
- Übereinstimmung, direkte Flugverbindungen beider Seiten im Hinblick auf die Wirtschaftsvorteile möglichst schnell aufzunehmen;
- Taiwans Bereitschaft, mit der EG die Möglichkeit der Unterzeichnung eines Vertrages für den Schutz geistigen Eigentums zu erörtern.

Nach taiwanesischen Pressemeldungen hat Möllemann keinen Hehl daraus gemacht, daß seine Taiwanreise ein "offizieller Besuch" sei. Aber er betonte zugleich, daß Deutschland nicht beabsichtige, den Status quo seiner Chinapolitik zu ändern, d.h. es bleibe bei Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen mit Beijing und keine diplomatischen Beziehungen zu Taipei. Es sei kein Widerspruch, mit beiden Seiten der Taiwan-Straße Kontakte zu haben, meinte er. In bezug auf die Aufnahme der Luftverbindungen äußerte er im Gespräch mit Ministerpräsident Hao die Hoffnung, daß man in nicht allzu ferner Zukunft direkt von Deutschland nach Taiwan wird fliegen können, wie er schon diesmal mit einer Sondermaschine der Lufthansa geflogen sei. Am 19. November gab sich der Verkehrsminister der Taipeier Regierung, Jian Youxin, nach einer weiteren Verhandlung mit dem deutschen Staatssekretär Gröbl optimistisch, daß der Luftverkehr zwischen Taiwan und